

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
26 (1912)**

225 (26.9.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-550781](#)

# Vorddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluss Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.  
Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Abonnementssatz bei Personenabholung für einen Monat einschließlich Beimgabe 75 Pf. bei Schreibbüros und bei Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierzehntäglich 225 Pf., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf. einschließlich Bestellgeb.

— Mit —  
**Unterhaltungsbeilage.**

Bei den Inseraten wird die schreibgelistete Beiliste oder deren Namn für die Interessen in Nüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filiale auf 15 Pfennig berechnet; für sonstige auswärtige Interessen 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechender Rabbatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Preisbestimmungen unverbindlich. — Reklamanzelle 50 Pf.

26. Jahrgang.

Nüstringen, Donnerstag den 26. September 1912.

Nr. 225.

## Parteigenossen! Werbt in diesen Tagen für das Volksblatt!

### Der Parteitag zu Chemnitz.

Der nachfolgende Artikel des Genossen Hug, der anschließend an die Chemnitzer Tagung eine Agitationsteile im Fürstentum Sachsen übernahm, ging und erst zu nachdem der geprägte, aus der Redaktion geschriebene Parteibeschliff bereits gelesen war. Tropismus durften die aus dem freien Parteitagsleben herausgenommenen Anhänger des Verfaßters den Leuten sehr willkommen sein.

Der verstorbene Paul Singer hat in seinen Schlussreden bei den verschiedenen Parteitagen gern davon gesprochen, daß die Parteitage Wartestunden seien in der Außwärtsbewegung der sozialdemokratischen Partei. Von dem soeben geschlossenen Parteitag kann das mit vollem Recht auch gelassen werden, vielleicht mit mehr Recht, als von manchem anderen. Wer von den Gegnern glaubt hat, daß einige der Fragen, mit denen der Parteitag sich zu beschäftigen hatte, zu tiefen Meinungsverschiedenheiten führen, einen flößenden Stoff innerhalb der Sozialdemokratie zeigen würde, der hat sich getröst. Gewiß hat es in Chemnitz auch eine Rechte und einen Nutzen gegeben; aber mit wenigen Ausnahmen waren die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, die in Chemnitz zusammengekommen sind, erfüllt von dem Gefühl der Verbündlichkeit, der Gegenläufe zu überbrücken sucht, der nicht das Trennen, sondern das Einigende in den Vordergrund stellt.

Der Parteitag hat wie einer jemals politische Handlungen vollzogen, wie die gegebene Situation sie erforderte. Er hat mit überwältigender Mehrheit das Friedensabkommen mit der Freimaurerischen Volkspartei gutgeheissen und durch stürmischen Beifall, die von Scheidemann dafür gegebene, von allen politischen Verbündeten zwingende Begründung zu der seinen gemacht. Der Parteitag hat zu der herrschenden Trennung Stellung genommen. Er hat württembergischen Beraterbeitrag verlangt, entstehen der weißen Salbe, als welche die bestehenden Schlußbestimmungen sich mehr oder minder öffentlichkeit erweisen. Die Stellung der Partei zum Imperialismus ist wieder festgelegt und dabei zum Ausdruck gebracht worden, daß die Partei alles zu tun hat, um den Rüstungswahn entgegenzutreten, wenn auch Niemand darüber im Zweifel ist, daß er erst mit dem Sturz der Herrschaft des Kapitalismus der Imperialismus fällt. Entspricht das der bisherigen taftlichen Haltung der Partei im Kampf gegen den Kapitalismus, seine imperialistische Entwicklung und ihre Begleitererscheinungen und liegt sein Grund vor, diese Tatsat zu ändern. Der Vertrag des Vorstandes über keine Tätigkeit im allgemeinen wie über die bei den Reichstagswahlen im besonderen zeigt ein Fortbreiten der Partei, eine unvermeidbare Opferwilligkeit, gute finanzielle Verhältnisse und organisatorische Erfolge. Die vom Parteitag angenommene Rolle zum Organisationsstatus dürfte diese Erfolge zu mehreren gezeigt haben. Der darin entnommene Ausdruck ist eine Stärkung des föderativen Systems, auf dem unsere Organisation beruht und gibt den Parteivorstande die Möglichkeit, sich noch über die Neimungen der Parteigenossen über innere Vorgänge oder Aktionen nach außen zu orientieren und den nötigen Rückhalt beim Handeln.

Es war ein erfreuliches Zeichen für den demokratischen Geist in der Partei, daß der Parteitag den Gedanken, einen politischen Beitrag für den Vorstand zu leisten, ablehnte und für den Plan, den Parteivorstand in burokratische Arbeitsämter und politische Höpfe einzuteilen, nichts übrig hatte, als bestreitigen Spott.

Den Kampf um den Maifeier hat der deutsche Parteitag nicht zu entscheiden. Neben ihre Friedfertigkeit wird man streiten, so lange die Demonstration darunter leidet, daß Hunderttausende in Deutschland wie in anderen Ländern an der Arbeitsecke nicht teilnehmen können, weil sie wirtschaftliche Schädigung befürchten müssen. Der nächste internationale Sozialistenkongress in Wien wird sich also auch wieder mit der Frage des Fortbestehens oder der Aufhebung des Maifeiertages beschäftigen müssen. Der Parteitag hat aber eine vernünftige Tat vollbracht, daß er die Beschlüsse von Nürnberg und Leipzig aufnahm, nach denen die Parteifreastedten den Tagesservice vom 1. Mai in den Maifeierungsfonds abschließen sollen. Die Beschlüsse waren geeignet, Streit und Kräfte in die Reihen der Partei zu tragen.

Für den harmonischen Verlauf des Parteitages wäre es

besser gewesen, wenn er nicht hätte als Gerichtshof zu gelten brauchen, um über den Abschlußvertrag gegen Hildebrand zu entscheiden. Die Meinungen darüber, ob ein Mana, der wichtigste Punkt des Parteiprogramms, glaubt nicht anerkennen zu können, bei der Partei bleiben kann, waren ja verschieden. Die, welche für den Abschlußstimmen, haben das formelle Recht auf ihrer Seite; über denen, welche in der Demokratie als ihrem Leben eignen die weitgehende Toerung giebt leben wollen, ihnen es für die Partei erwünschter, wenn Hildebrand hätte in der Partei bleiben können. Der Parteitag hat anders entschieden, sein Urteil muß respektiert werden.

Wie dem auch sei, der Parteitag in Chemnitz hat im Großen und Ganzen gute Arbeit gemacht, möge sie der Partei zum Vorteil ausspielen, jedoch umwiderrichtet von ihm gelöst werden kann: Es war ein vorbereitender Maifest in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. P. H.

### Politische Rundschau.

Nüstringen, 25. September.

#### Der Kongreß für Städtewesen in Düsseldorf.

II.

Am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstage, sprach der preußische Ministerialdirektor Dr. Freytag über Eingemeindung. In zweitägigem Vortrag zeigte er zunächst, wie unmöglich es sei, der Begriff des öffentlichen Interesses aus dem Gemeinden wider ihren Willen zur Eingemeindung gezwungen werden können, erhebend durch die Gebiegung zu formulieren. Sehr breit schilderte er die zahlreichen Schwierigkeiten, die sich aus dem Zusammenwohnen zweier Weichschaftsgrenzen ergeben. Die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit und die soziale und innerstädtische Verbesserung der Verwaltung müssen zu den unerlässlichen Erzielungen führen. Dazu kommt der bekanntnummernreiche Zustand unserer kommunalen Steuerhaftigkeit und der Verteilung der Steuern auf mehrere Gemeinden, Betriebs- und Wohngemeinden. Sehr deutlich ließ der Vortragende durchblättern, wenn er es auch nicht so far aussprach, daß die preußische Regierung an einer Verbesserung der Verhältnisse durch den stadtfeindlichen preußischen Landtag gehindert werde. — Die Stadt Berlin, die ganz besonders unter der Abwanderung steuerkräftiger Einwohner in die Vororte leide, hat in einer Verteilung vorgeholzt, man möge auch die Steuer auf das Einkommen aus gewinnbringender Verköstigung, also auf das Einkommen von Lehrern, Beamten, Schriftstellern, Angestellten aller Art usw., zwischen der Wohn- und der Betriebsgemeinde teilen. Der Vortragende erkennt diese Forderung nicht als berechtigt an, weil die Gemeinde dieses Einkommen nicht wie das aus Grundbesitz und Gewerbe durch ihre Aufwendungen verbessert. Vielleicht liegt eine Lösung der Frage auf dem Gebiet der englischen Ausgleichsteuer. London z. B. besteht aus 28 Gemeinden; in ihnen wird eine Steuer nach Abgabe der Wohlabholung der eingeladenen Gemeinden umgelegt und entsprechend der Bevölkerungszahl verteilt. Diese Idee einer Ausgleichsteuer scheint berufen zu sein, in unserer Steuergebiebung noch eine Rolle zu spielen. — Wenn Vorortsgemeinden sich erst voll entwidelt haben, widerstehen sie sich im allgemeinen dem Bündnis nach Eingemeindung. Deshalb ist es auch nicht mehr möglich, gegen den Widerstand von Charlottenburg und anderen großen Berliner Vorortsgemeinden eine Eingemeindung vorzunehmen. Dadurch ist die Regierung auf den Weg des zweckverbündeten Gesetzgebung gedrängt worden, deren Ziel jedoch feineswegs ist, wirklich notwendige Eingemeindungen hinzubehalten.

Eine Diskussion schloß sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht an. — In der Abteilung für Süddänischen Betrieb sprach Direktor Nordt-Düsseldorf über Gasversorgung. Er führte aus, daß bereits mehrere Gemeinden dazu übergegangen sind, ihr Gas von einer Gaszentrale zu beziehen. Römisch Amerika ist die Gasversorgung in großem Umfang im Gebrauch. In Deutschland ist wohl die Gasversorgungsanlage der englischen Gasgesellschaft in Berlin, die mit ihren Gaswerken in Mariendorf und Weidenau ausser diesen Orten noch etwa 25 Städte und Gemeinden mit 500 000 Einwohnern mit Gas versorgt, die bedeutendste. Einem gewaltigen Aufschwung

hat die Gasversorgung durch die Verwendung von Koksgasen genommen. Heute werden bereits 45 Städte mit Koksgasen verfogt oder sind solche Lieferungsverträge abgeschlossen. Zweifellos wird die Koksgasversorgung weitere Fortschritte machen, zumal der Gasverbrauch steigt zunimmt. Eine wichtige Rolle spielt die Frage der Reserve durch eine Wollerbausanlage. Größere Städte müssen diese Reserve unbedingt selbst herstellen, damit sie auf jeden Fall unabhängig von Störungen sind.

In der Diskussion betonte Direktor Schomburg-Gelsenkirchen, daß der Betrieb der Wollerbausanlage recht schwierig sei. Der Vortragende erwiderte, es müsse trotzdem unter allen Umständen beibehalten werden, um Störungen günstig gegenüberzustehen.

### Deutsches Reich.

Die Teuerung. Das dänische Rindfleisch findet in Dresden ein reisendes Absatz, jedoch es bereits die Viehpriise auf dem Schlachthofe drückt. Da weitere dänische Fleischtransporte in dieser Woche erwartet werden, und sich mehr als 150 Dresdener Fleischermeister zum Verkauf des ausländischen Fleisches bereit erklärt haben, so hat sich der Sachsen-Landeskulturreferat, eine agrarische Interessentenvertretung ähnlich den Landwirtschaftskammern, zu einer Kundgebung gegen die Einführung frischen Fleisches und lebenden Viehs emporgewünscht. Ein solcher Import von Fleisch und Vieh sei geeignet, die deutsche Schlachtviehwirtschaft zu ruinieren und die schweren sozialen Folgen für die Landwirtschaft herbeizuführen. — Um die minderbemittelte Bevölkerung kümmert sich der Landwirtschaftsrat nicht; die mag zugrunde gehen. Die Haupthöhe ist, daß den Agrarieren und Viehzüchtern die Taschen gefüllt werden.

In Solle a. S. steht an den südlichen Fleischaufländen, wo in der letzten Woche durch städtische Fleischerstellen Hunderte Zentner Fleisch zu 85 und 90 Pf. ausgeschlagt wurden, der Verkauf, weil die Fleischerinnung den Großhändler, welcher bisher lieferte, zur Einstellung der Lieferung gezwungen hat. Die Stadt sucht nach neuen Beschaffquellen.

In Hildesheim belohnen die Stadtverordneten den direkten Preis von dänischem Fleisch, das zu festgelegten Preisen von den Fleischern verkauft werden soll. Auch werden besondere Bildmärkte, speziell für Sozfischi, eingerichtet. Die ärmeren Bevölkerung bis zu einem Steuerjahr von 6 Mark soll ternen für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 1. April die Steuer ganz erlassen werden. Außerdem werden 5000 Mark zur Vertiligung armer Kinder in der Schule zur Verfügung gestellt. Eine Interessentenkommission soll allmonatlich soziale Erhebungen anstellen, um jeder Viehzüchter in Lebensmitteln zu begegnen.

Eine Konferenz findet am kommenden Montag in Em den zwischen Vertretern der Reichsregierung sowie der beteiligten Bundesregierungen und Interessenten der Fleischersättigung statt. Es handelt sich um die künftige Verwendung des durch den Reichsrat zur Verhüttung gezeiteten Fonds zur Förderung der Sozfischi, der im laufenden Jahr eine Erhöhung um 25 000 Mark auf 400 000 Mark erfahren hat.

Zur Landesausschau der nationalliberalen Partei in Boffau, der am Sonntag in Weißburg a. R. tagte, ergriff der Abg. Baiermann u. a. auch über die Fleischsteuerung. Er erklärte, daß die Partei für eine zeitweilige oder dauernde Belebung der Viehhölle nicht zu haben sei, und daß an dem einen großen Grundgedanken festgehalten werden müsse, Deutschland in seiner Fleischförderung nicht abhängig vom Auslande werden zu lassen. Eine Ermäßigung oder Befreiung der Butterhölle, die von vielen Seiten gefordert werde, bedürfe ebenso eingehender Unterbindung, wie die Frage einer beschränkten oder unbeschränkten Zulassung von Getreifleisch. — Die Ausführungen werden ohne Zweifel die Anerkennung der „Deutschen Tagesszeitung“ finden.

Der Reichsanzler „läßt“ die Fleischnot-Frage. Baiermann-Hollweg ist der sehr berechtigte Vorwurf gemacht worden, daß er der Fleischnot untätig zusehe; er scheint dem Vorwurf, der ihm sicher auch im Reichstag gemacht werden wird, nun schon vorzubeugen zu wollen; von offizieller Seite wird folgende Nachricht verbreitet:



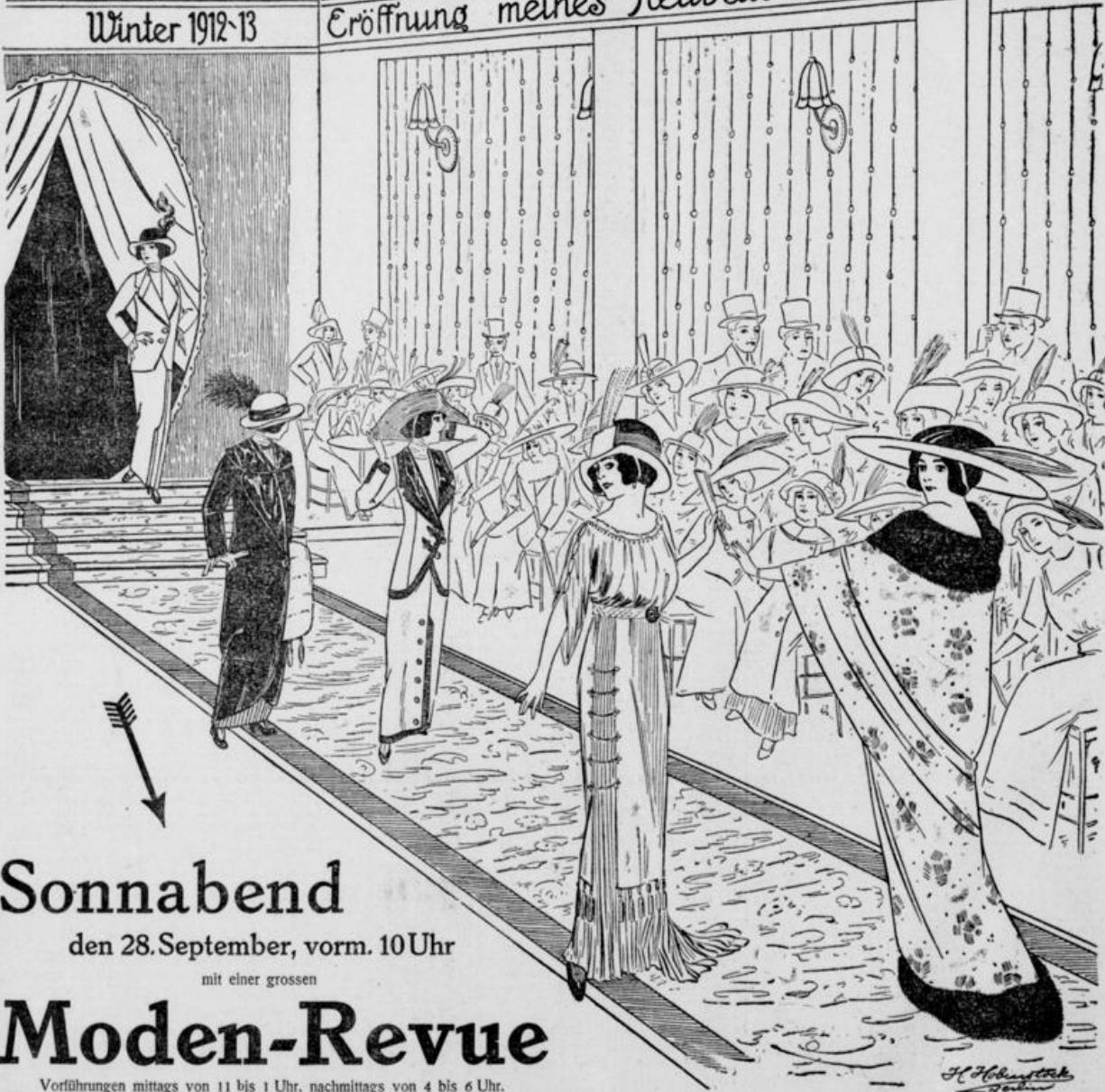




# HERMANN WALLHEIMER

Winter 1912-13

Eröffnung meines Neubau's Göckerstr. 10



Sonnabend

den 28. September, vorm. 10 Uhr

mit einer grossen

## Moden-Revue

Vorführungen mittags von 11 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 6 Uhr.



**Eintritt nur gegen Eintritts-Karten**  
welche von heute ab unentgeltlich in meinem alten Geschäfts-Lokal  
verabfolgt werden.



H. Höhne & Sohn  
Berlin

# WILHELMSHAVEN













